

Evaluation der Militanten Untersuchung am Jobcenter Neukölln

"Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen."

(Rosa Luxemburg – Zur russischen Revolution)

1. Evaluation der Militanten Untersuchung: Was, Warum, Wie?

Militante Untersuchung: Ansatz und Ziele

Von 2010 – 2013 haben wir in der AG Soziale Kämpfe eine Militante Untersuchung am Jobcenter (JC) Neukölln als einem für uns zentralen Ort, an dem sich Prekarisierung verdichtet, organisiert. Die Militante Untersuchung ist eine eingreifende parteiische Befragung. Unser Ziel war es ausgehend von unserer eigenen Prekarität und damit Mitbetroffenheit vom System Hartz IV Widerstandsstrategien und Menschen, die sich im System des JC bewegen (müssen), kennenzulernen – für diejenigen, die damit noch keinen direkten Kontakt hatten – und ins gemeinsame Gespräch zu kommen. Wir wollten vorhandenes, oft individualisiertes, Widerstandswissen heben und sichtbar machen. Dies sollte der Ausgangspunkt für einen Organisationsprozess der JC Betroffenen sein, durch den kollektiver Widerstand gegen die Zumutungen des JC möglich wird.

Warum diese Evaluation?

Nach drei Jahren haben wir uns dazu entschlossen das Projekt abzubrechen. Wir sind auf Widersprüche und Hürden gestoßen, auf die wir keine hinreichenden politischen und auch persönlichen Antworten gefunden haben. Erfahrungen des (teilweisen) Scheiterns sind oft die wertvollsten Erfahrungen, da sie uns Grenzen aufzeigen und für Schwierigkeiten in unserer politischen Arbeit sensibilisieren. Immer wieder haben wir während des Projekts (Zeit-)Pläne aufgestellt, wie wir weiter vorgehen wollten. Im Prinzip waren all diese Pläne total super - nur haben wir eigentlich jedes Mal kaum etwas von ihnen umsetzen können. Wir wollten gerne herausfinden, woran das lag? Deshalb haben wir uns viel Zeit genommen, das Projekt – mit Abstand – auszuwerten. Dabei geht es zum Einen um einen Verständigungsprozess innerhalb der AG, wie das Projekt zu bewerten ist und was genau die Widersprüche und Schwierigkeiten waren, die die Arbeit an dem Projekt so erschwert haben. Zum Anderen wollen wir diese Erfahrungen auch für ganz FeS zugänglich und fruchtbar machen.

Struktur der Evaluation

Nach einer kleinen Chronologie des Ablauf der Militanten Untersuchung (2) und einer kurzen Darstellung der Annahmen, die uns geleitet haben, als wir das Projekt gestartet haben (3), diskutieren wir (4) zunächst die Frage, vor welche Herausforderung uns das JC als Ort der Intervention gestellt hat. Vor diesem Hintergrund reflektieren wir (5) unsere konkrete Praxis im Feld und zeigen, was funktioniert hat und was nicht. Zum Schluss werten wir (6) aus, welche Rolle die AG in einem solchen Projekt spielen sollte. Auch hier fragen wir, wo sie das geleistet hat und wo nicht. Die letzten drei Punkte (4 bis 6) bedingen sich wechselseitig. Bestimmte Probleme im Feld z.B. hängen mit den Entwicklungen in der Gruppe zusammen und anders

herum. Und alles ist geprägt von den Bedingungen im Feld JC. Wir stellen die Punkte aus Gründen der Systematik jedoch getrennt voneinander dar.

2. Eine kleine Chronologie der Militanten Untersuchung von 2010 bis 2013

2009: Die Militante Untersuchung (MU) entstand aus Erfahrungen des (Euro-)Mayday, den FelS maßgeblich von 2006 bis 2009 organisiert hatte. Militante (also eingreifende) Befragungen sind in vielen Ländern durchgeführt worden und auch im Rahmen der Mayday-Aktionen wurden erste Erfahrungen mit dieser Form des „Klassenkampfes mit Fragebogen“ gemacht (u.a. direkt auf einer Mayday-Parade). Statt des alljährlichen Events Mayday sollte nun ein Organisationsprozess von Prekären vorangebracht werden, der sich noch stärker an Alltagskämpfen orientierte. Im Laufe des Jahres 2009 entwickelte sich im Rahmen der Aktions-AG des Mayday-Bündnis die Initiative „Keine/r muss allein zum Amt“, die einen Personen-Pool für solidarisches Begleiten zu Berliner Jobcentern stellte. Diese Initiative sowie die später noch ausgeführte Annahme, dass in Krisenzeiten prekäre Arbeitsverhältnisse zentrale Auseinandersetzungen bilden werden, waren nicht unerheblich für die letztliche Entscheidung, das JC Neukölln in den Fokus zu nehmen.

2010: Die MU begann im März 2010 mit gemeinsamen, zweiwöchentlichen Befragungen vor dem JC Neukölln. Im Laufe der Zeit reduzierte sich jedoch die Zahl der Aktiven, die die Befragungen durchführte, auf zwei bis drei Personen. Es wurden schätzungsweise mindestens 80 Gespräche geführt, von denen 65 dokumentiert sind. Das Vorgehen in der Befragung folgte dem Organizing-Schemata: Wut – Hoffnung – Aktion. Die Gesprächspartner_innen wurden zu ihren Erfahrungen im Jobcenter befragt und am Ende zu gemeinsamen Versammlungen (im Salvador-Allende-Club) ab dem 11. Mai 2010 eingeladen. Auch die Versammlungen wurden anfangs alle zwei Wochen durchgeführt. Bis Herbst 2010 nahmen pro Treffen ca. 10 bis 15 Personen an den ihnen teil, wobei es große Rotationen gab und letztlich nur die bereits politisch Aktiven kontinuierlich dabei blieben. Die Versammlungen wurden im Laufe der Zeit vor allem von zwei Personen aus unserer AG getragen, die wesentlich die Moderation der Treffen leisteten (beide verließen allerdings Anfang 2011 FelS). In den Versammlungen wurde darüber gesprochen, warum die Menschen zum Treffen kamen, was ihrer Meinung nach zentrale Probleme am JC Neukölln sind und was gemeinsam dagegen gemacht werden könnte. Es entstand aus der Versammlung heraus eine Videogruppe, die Interviews führte und Aktionen dokumentierte. Im Juni 2010 organisierte die Versammlung (auf Anregung durch uns) eine Sachbearbeiter_innen-Bewertung: „JC-Kund_innen“ konnten „ihre“ Sachbearbeiter_innen öffentlich Noten vergeben, was auf großem Zuspruch stieß. Am 1.10.2010 schließlich wurde auf einem Aktionstag der Initiative „Zusammen gegen das Jobcenter Neukölln“ – eines durch uns gegründeten Akteurs – der repressivste Sachbearbeiter des Monats durch eine Flashmob-Aktion gekürt. Parallel zu den Aktionen und den Versammlungen entstanden erste Ansätze einer Institutionenanalyse (z.B. durch Interviews mit Mitarbeiter_innen im JC), die aber nie konsequent zu Ende geführt wurden. Ende 2010 verstärkten sich innerhalb der AG die Diskussionen um die Einschätzung der Versammlungen: Die Moderation sei Dienstleistung und die Treffen zu wenig offen für Personen, die nicht in der linken Szene aktiv sind. Der Fokus in unserer AG Arbeit verlagerte sich im Laufe der weiteren Planungen zunehmend auf Community Organizing (CO) im Stadtteil. Damit war die erste Phase der MU letztlich auch abgeschlossen.

2011: Das Jahr 2011 war durch die Erstellung einer umfangreichen Broschüre zur MU am JC Neukölln bestimmt. Ziel der Broschüre war es, die bisherigen Erfahrungen dem linken „Szene“publikum ebenso wie dem Stadtteil Neukölln zu öffnen. Wie die Erfahrung gezeigt hat, hat diese Broschüre über die Grenzen von Berlin hinaus großes Interesse erzeugt: Wir wurden 2012/13 zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen (auch im Ausland). Die anfänglichen Planungen, die Broschüre innerhalb weniger Monate fertig zustellen, erwiesen sich als nicht realisierbar: Erst im Oktober 2011 konnte die Arbeit an der Broschüre abgeschlossen werden, eine „Release“ Veranstaltung dazu fand Anfang Dezember 2011 statt. Parallel dazu entwickelten sich Debatten in der AG, wie nächste Schritte für die zweite Phase der MU aussehen könnten. Zusammen mit dem Grafiker_innenkollektiv Imageshift entwickelten wir Öffentlichkeitsmaterial wie Plakate, Aufkleber, Visitenkarten und einen Fragebogen, in dem neun zentralen Konflikte am JC Neukölln, die bei der Befragung 2010 herausgefunden wurden, aufgenommen wurden. Ziel des Fragebogens war es, Konflikte sichtbar zu machen und herauszufinden, an welchem Punkt konkrete Forderungen an das JC Neukölln erhoben werden können, um darauf aufbauend gemeinsame Organisation zu stärken. Eine konkrete Forderung an das JC Neukölln haben wir jedoch nie entwickelt, die zweite Phase der MU ist zu keinem Zeitpunkt voll umgesetzt worden.

Mithilfe der Plakate, Aufkleber und Fragebögen begannen wir erste Schritte von Community Organizing: Wir verklebten im Laufe des Jahres Tausend Plakate und testeten den Fragebogen im Sommer 2011 auf Straßenfesten und vor dem JC Neukölln. Insgesamt haben wir seit Sommer 2011 jedoch lediglich ca. 200 Fragebögen ausfüllen lassen. Daneben machten wir Ende 2011 erste Rundgänge durch den Stadtteil („Umherschweifen“), um Orte lokaler Kommunikation ausfindig zu machen. Als im Herbst 2011 die Occupy-Bewegung in Berlin aufkam, entstanden innerhalb der AG Debatten über das Verhältnis von MU zu Occupy, was eine Weiterentwicklung des CO und der zweiten Phase der MU hemmte.

2012: Im Laufe des Jahres 2012 verließen fünf langjährig Erfahrene die AG. Die MU-AG halbierte sich so. Erst Mitte und Ende 2012 füllte sich die AG wieder auf: Im Sommer kam eine Person, im Herbst kamen vier weitere Personen dazu. Zwischenzeitlich bestand die AG im Sommer 2012 lediglich aus fünf Personen. All das blieb nicht ohne Folgen auf die Arbeitsfähigkeit.

Anfang 2012 versuchte die AG, die aktuellen Ereignisse der Occupy-Bewegung mit der MU zu verbinden. Daher beteiligten wir uns ab Januar 2012 an der so genannten „Neukölln Asambleä“. Die Stadtteil-Asambleas stellten den Versuch der Berliner Occupy-Bewegung dar, die Proteste lokal zu verstetigen. In Neukölln gelang dies zumindest für einige Monate. Im März 2012 organisierten wir aus der Asambleas heraus eine Aktion zu den Kosten der Unterkunft (KdU) vor dem Rathaus Neukölln. Ziel der Aktion war es, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln unter Druck zu setzen, alle realen Mieten anzuerkennen und nicht mit den unrealistischen Mietobergrenzen des JC zu arbeiten (1).

Ende April 2012 fokussierte sich die AG-Arbeit auf den Ausschluss von EU-Staatsangehörigen aus Hartz IV (2): Wir sahen als AG einen guten Anknüpfungspunkt für konkrete europäische Solidarität in Berlin und initiierten zusammen mit der Sozialberatung am Heinrichplatz eine Informationsveranstaltung und regelmäßige zweiwöchentliche Versammlungen, die ab Herbst 2012 lediglich monatlich stattfanden. Schwerpunkt der Versammlungen stellte die Information der Betroffenen, deren solidarische Unterstützung (z.B. Vermittlung zu Anwälten_innen) und die Planung politischer Aktionen dar. Es wiederholten sich im Prinzip dieselben Problem wie

bereits bei den Versammlungen 2010: Die Moderation lag in der Hand weniger (aus der AG und von der Sozialberatung), es kamen bis auf Ausnahmen immer weniger Betroffene und lediglich bereits politisch Aktive und Sozialberater_innen nahmen kontinuierlich an den Versammlungen teil. Aus den Treffen heraus wurde dennoch im Juni 2012 eine Kundgebung am JC Neukölln durchgeführt, an der ca. 40 Personen teilnahmen (vor allem Betroffene!). Danach gingen lediglich zwei Personen weiterhin zu den monatlichen Versammlungen des „Berliner Netzwerk gegen den deutschen EFA-Vorbehalt“.

Nebenher liefen 2012 zahlreiche Veranstaltungen, auf denen wir unsere Broschüre und die MU zur Diskussion stellten. In der ersten Jahreshälfte 2012 wurden auch weitere Versuche des Umherschweifens gemacht. Zudem wurde die Debatte um den Aufbau einer Initiative für solidarisches Begleiten, die bereits 2011 begonnen hatte, zu einem Ende geführt, da letztlich nur zwei Personen Lust dazu hatten. Erst im Herbst 2012 wurde schließlich eine systematische Diskussion und ein Zeitplan für die weitere Umsetzung der MU und des CO vorgenommen: Der Plan enthielt die Vorstellung, noch 2012 zunächst zu politischen Initiativen in Neukölln zu gehen, um nach deren Kontakten im Stadtteil zu fragen. Diese Kontakte und unsere Informationen durch das Umherschweifen sollten in einer Liste von Vereinen und Initiativen münden, zu denen wir kontinuierlichen Kontakt aufbauen wollten. Das Ziel war es, durch gemeinsame Aktionen und regelmäßigen Austausch auf einen „Neuköllner Ratschlag“ hin zu mobilisieren, durch den das JC angegangen werden sollte. Dieser Plan ist nie umgesetzt worden: Viele politischen Initiativen haben wir nie besucht, Kontakte zu Vereinen und Initiativen wurden uns fast gar nicht vermittelt, unser Umherschweifen war zu unfokussiert. Die AG war aus vielerlei Gründen nicht dazu in der Lage, den Kontakt zu den Vereinen und Initiativen aufzubauen (dazu später mehr).

2013: Die Probleme aus 2012 setzen sich 2013 fort: Die Ziele des CO konnten wir auch mit Verspätung nicht umsetzen. Bei den vereinzelten Besuchen bei politischen Initiativen und Vereinen zeigte sich, dass wir nicht mehr ausreichend im Stadtteil präsent waren – viele kannten uns nicht, wussten uns nicht einzuschätzen... einmal abgesehen von den linkspolitisch Aktiven. Deswegen organisierten wir im Februar 2013 eine Kundgebung vor dem JC Neukölln unter dem Motto „Couching statt Coaching“. Darin problematisierten wir die Pläne, allen Hartz IV Empfänger_innen persönliche Coaches zur Seite zu stellen, die sie sogar noch bis in die Erwerbstätigkeit hinein begleiten sollten. Die Aktion beinhaltete Information über das geplante Konzept und die Befragung zu den bisherigen Erfahrungen mit der Arbeitsvermittlung. Es zeigte sich, dass Arbeitsvermittlungsmaßnahmen keine großen Legitimation bei unseren Gesprächspartner_innen haben. Zudem luden wir anstatt zu Versammlungen zu einem informellem Stammtisch ein, zu dem allerdings nur eine Person kam.

Parallel zu der Kundgebung vor dem JC organisierten zwei Personen aus der AG ein Pressegespräch im Rahmen des „Berliner Netzwerk gegen den deutschen EFA-Vorbehalt“. Es ging dabei um eine kritische Auswertung von einem Jahr Hartz IV Ausschluss von EU-Staatsangehörigen. Das Medienecho war in der BRD relativ gering und beschränkte sich auf die linken Tageszeitungen, es erschienen jedoch auch Artikel in spanischen Onlinemagazinen. Neben den politischen Aktionen bereiteten AG Mitglieder auch 2013 weiterhin Veranstaltungen und Workshops zum Thema MU und CO.

Im Mai 2013 entschieden wir schließlich die MU abzubrechen – die Abbruchkriterien aus unserem Zeitplan aus dem Herbst 2012 waren längst erfüllt.

3. Die Ausgangslage und unsere Annahmen

Die Zeit von Projektentwicklung und –beginn fiel in die ersten Jahre der globalen Wirtschaftskrise. Am Ausgangspunkt standen in der Gruppe Annahmen, dass diese Krise möglicherweise zu einem deutlichem Ansteigen der Erwerbslosenzahlen in Deutschland führen würde oder zumindest Prozesse der Prekarisierung und Verarmung deutlich zunehmen würden. Das JC sahen wir als einen Ort, an dem sich diese Prozesse verdichten, bzw. von wo aus sie organisiert werden. Dies – so die Einschätzung – könne eine erweiterte Konfliktdynamik rund um die Fragen sozialer Absicherung und Teilhabe auslösen und das JC zu einem wesentlichen Ort sozialer Kämpfe machen.

Dass es einen solchen konkreten gesellschaftlichen (und nicht nur symbolischen) Ort braucht, an dem Kämpfe an die Alltagserfahrungen der Betroffenen anknüpfen und sich auf diese Weise verdichten können, war eine wesentliche Erfahrung des Mayday-Prozesses.

Tatsächlich war das „Deutsche Modell“ der Krisenregulierung in der Lage, die drastische Desintegration von großen Teilen der Bevölkerung zu verhindern. Die Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010 haben es vielmehr ermöglicht, die Krise durch eine relativ geräuschlose und unsichtbare Fluktuation von Arbeitskräften und eine weitere Entsicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in ihren sozialen Folgen zu verschleiern. Während die Kernbelegschaften durch Kurzarbeiter_innengeld und temporäre Subventionen (z.B. Abwrackprämie) geschützt wurden, hat die „atmende Fabrik“ (Peter Hartz) die Leiharbeitskräfte kurzfristig ausgespuckt, um sie nach relativ kurzer Zeit mit dem beginnenden Aufschwung wieder aufzusaugen. Die Institution Jobcenter ermöglicht durch Mechanismen wie Aufstocken oder Arbeitszwang eine Beschäftigungsstruktur die u.a. durch einen ausgeweiteten Niedriglohnsektor gekennzeichnet ist und in der die Grenze zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit immer mehr verschwimmt. Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit auf Leistungen des JC angewiesen. Retrospektiv ließe sich sagen, dass mit der Einführung der Hartz-Gesetze die Bearbeitung der Wirtschaftskrise bereits präventiv vorweggenommen wurde, was innerhalb eines weiter gefassten deutschen Krisenmanagements dazu führt, dass keine solch drastischen Maßnahmen ergriffen wurden wie in anderen europäischen Staaten. Noch während der MU ist zudem deutlich geworden, dass die Bundesregierung auch Krisenmigration aus den besonders stark betroffenen EU-Staaten präventiv durch abschreckende Leistungsausschlüsse verhindern wollte, um sofort entsolidarisierend zu wirken.

Als wir unser Projekt am JC begannen, hatten wir es dementsprechend nicht mit einer bereits bestehenden Konfliktdynamik zu tun, in der Menschen (wie z.B. 2003) selbstorganisiert und spontan aktiv waren. Dies hat die Herausforderungen für das Projekt massiv erhöht. Wir konnten nicht in einen laufenden Organisationsprozess eingreifen bzw. diesen unterstützen (indem wir z.B. mit der Befragung Wissen und Widerstandspraktiken sichtbar machen oder Aktionen vorschlagen und organisieren). Vielmehr musste der Organisationsprozess durch uns erst initiiert werden, um die bisher nur individuell ausgetragenen schwelenden Konflikte zu offenen kollektiven Auseinandersetzungen zu machen. Dies ist uns nur eingeschränkt gelungen. Hierfür gibt es sowohl objektiv/strukturelle Gründe als auch Gründe, die in unserem Vorgehen und eher gruppeninternen Problemen liegen.

4. Das Jobcenter im Zentrum der Prekarisierung? Nicht ganz!

Das JC ist ohne Frage ein wichtiger Knotenpunkt im Netz der Prekarisierung. Damit ist es auch ein Ort, an dem sich verschiedene Herrschaftsformen im entscherten Kapitalismus kreuzen und verdichten. Weiter noch: Prekarisierung wird von hier aus organisiert und reproduziert. Dies gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern z.B. über die „Kosten der Unterkunft“ (KdU) auch für den Wohnungsmarkt. Das JC organisiert nicht nur Niedriglohn und Arbeitsdruck, es ist auch an Verdrängung und Gentrifizierung direkt beteiligt.

Dies war der Ausgangspunkt unserer Entscheidung für das JC als Ort der Intervention. Weil wir diese Institution angreifen wollten, wollten wir uns und die Menschen organisieren, die sich in dieser Institution bewegen müssen und sich dort begegnen (wobei nicht alle von uns sich dort bewegen mussten!). Wir gingen davon aus, dass dieser Ort Ausgangspunkt für eine geteilte Betroffenheit und für geteilte Interessen sein kann, aus der kollektive Aktion und letztlich eine politische, kollektive Identität hervor gehen kann.

Mit dieser Annahme sind wir jedoch auf verschiedene Schwierigkeiten gestoßen.

1. Das JC selbst ist auf eine Individualisierung der Betroffenen und Verrechtlichung der Auseinandersetzungen angelegt. Dies strukturiert auch stark die Erwartungen, die die Menschen, mit denen wir ins Gespräch gekommen sind, an unsere Intervention gestellt haben. Es gab einen großen Bedarf an individueller Beratung, sowohl in Einzelgesprächen (z.B. mit dem Fragebogen) als auch auf den Versammlungen. Auf den Versammlungen wiederum, war es z.T. sehr schwierig von der Darstellung jeweils unterschiedlicher Betroffenheiten zu gemeinsamen Themen/Problemen zu kommen und von hier aus zu kollektiven Aktionen zu kommen.

Prozesse der Individualisierung und Verrechtlichung können manchmal aber auch überwunden werden: Die Sachbearbeiter_innenbewertung z.B. zeigte, dass durch kollektive Aktionen und Kritiken partiell Herrschaftslücken entstehen, die für Interventionen genutzt werden können. Dies ist uns aber nicht oft genug gelungen.

2. Gerade weil das JC ein Ort ist, von dem Prekarisierungsprozesse auf vielfältige Art und Weise organisiert werden, treffen hier z.T. sehr unterschiedliche soziale Lagen aufeinander. Dies hängt auch mit der Veränderung und Ausdifferenzierung der Erwerbslosen/Armutsverwaltung im Zuge der Hartz-Reformen zusammen. Hinter unserer summarischen Aussage, dass über 25 % der Bevölkerung in Neukölln vom JC abhängig sind, verbergen sich sehr unterschiedliche Lebenslagen. Erwerbslose, 1- Euro-Jobs, Menschen in Schulungsmaßnahmen, selbstständige AufstockerInnen, abhängig beschäftigte AufstockerInnen. Hinzu kommen weitere Auseinandersetzungsfelder jenseits des Feldes Arbeit, wie z.B. die Übernahme der realen Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) durch das JC. Das JC greift also in viele Lebens- und Alltagswelten hinein. Die Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen der letzten Jahre zeigen, dass viele dieser Probleme eher von einem anderen sozialen Ort aus angegriffen werden. So macht Kotti und Co das Problem KdU z.B. aus der Perspektive der Mieter_innen statt aus der Perspektive der Arbeitslosigkeit zum Thema. Einen Raum zu schaffen, in dem sich diese unterschiedlichen Betroffenheiten miteinander in Beziehung setzen können,

gelang mit unseren Versammlungen höchstens ansatzweise. Denn auch in ihnen konnte das Sprechen über konkrete und unmittelbare Betroffenheiten nur sehr schwer mit einer allgemeineren-politischen Ebene vermittelt werden. Bruchstückhaft gelang dies bei den Versammlungen 2010, aber es fehlte ein Raum des sozialen Austausches jenseits von politischen Erörterungen der eigenen Betroffenheit, um auch das alltägliche Erleben politisch sichtbar zu machen.

3. Das JC ist kein Ausgangspunkt einer positiven Identifikation. Es ist kein Ort, um den herum die Menschen soziale Kontakte knüpfen (möchten). Das JC ist die Instanz mit der sich die Menschen streiten, von der sie möglichst in Ruhe gelassen werden möchten. Es ist nicht der Ort, der zum Ausgangs- und Bezugspunkt für soziale Kontakte dient. Auch als Instanz der Prekarisierung ist das JC kein einheitlicher Ort. Prekarisierung ist zwar eine Entwicklung, der alle Menschen am Jobcenter kollektiv unterworfen sind, daraus folgt aber eben nicht, dass sich dadurch zwangsläufig eine gemeinsame Identität als Prekäre entwickeln würde, wo durchaus unterschiedliche Interessen als miteinander verbundene und damit wieder gemeinsame erfahrbar werden. Das Gemeinsame in den prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse kann zwar theoretisch begründet werden, aber erst durch solidarische und kollektive Aktionen wird dieses Gemeinsame auch tatsächlich hergestellt und erfahrbar.
4. Zwar hatten wir das JC als Ort der Verdichtung von Herrschaftsverhältnissen analysiert. Wir waren uns aber über die Konsequenzen, die dies für einen Organisationsansatz bedeutet, nicht ausreichend klar. Da hier so viele Herrschaftsformen zusammenkommen, ist das JC sozial auch ein sehr desperater Ort. Gerade weil das JC der Ort ist, an dem sie drangsaliert werden, suchen sich die Menschen eher andere soziale Ort, um Kollektivität herzustellen, und von hier aus das JC mit Forderungen zu adressieren. Das bedeutet, dass das JC unter Gesichtspunkten der Organisation vermutlich nicht der Hebel und der Ort der Zusammenkunft ist, sondern der politische Gegner, gegen den sich eine politische Organisation richtet. Dies bedeutet für die Konzeption eines Projekts, dass das JC gerade nicht die Form von Fokussierung gebracht hat, die wir uns davon erhofft hatten: Ein Ort der Zusammenkunft und der kollektiven politischen Kämpfe zu sein, wie die Fabrik. Vielmehr stellt das Jobcenter eher die postfordistische, fast vollständig fragmentierte Fabrik dar, die keine „eine Fabrik“ mehr ist, sondern „viele Fabriken“ und in der gemeinsame Interesse nur über Umwege außerhalb der Institution artikulierbar sind.
5. Daher hätten wir von Anfang an andere soziale Felder stärker mit einbeziehen müssen, also Konfliktlagen wie Wohnen, Energie, prekäre Arbeitsverhältnisse, „überflüssige“ Arbeitskräfte, Carework, Alltagsrassismus und -sexismus usw. Sie alle hängen mit dem Jobcenter unmittelbar zusammen. Dies hätte auch in der Ressourcen- und Zeitplanung berücksichtigt werden müssen, entsprechende Eingrenzungen z.B. auf bestimmte Milieus und/oder Personengruppen hätte durchaus Sinn gemacht. Zu einem späteren Zeitpunkt haben wir versucht, dem durch Ansätze von Community Organizing gerecht zu werden, mit denen wir weitere soziale Akteure aus dem Stadtteil einbeziehen wollten, wie Vereine und Initiativen. Ob das funktioniert hätte oder nicht, bleibt eine offene Frage, da wir dies nicht geschafft haben. Über das „Warum“ sind wir uns nicht einig. Genannte wurden u.a. Ressourcenknappheit, Unklarheit über die eigene Rolle, fehlende politische Fachkenntnisse zur Ermittlung möglicher Interventionspunkte, inkonsequentes politisches Handeln, Organisationsprobleme innerhalb der AG. Abschließend lässt sich das leider nicht klären.

Fazit: Die Annahme, dass das JC ein Knotenpunkt der Prekarisierung ist, hat sich bestätigt. Jedoch standen wir mit dem Konzept, das JC als Ort der Organisation zu begreifen vor verschiedenen Problemen. Die Verrechtlichung der Auseinandersetzung macht, kollektive Organisation schwierig. Ansätze für eine Kollektivierung der Probleme, wie die Sachbearbeiter_innenbewertung haben wir nicht konsequent genug verfolgt. Zugleich war es schwierig eine positive Identität als JC-„Betroffene“ zu entwickeln. Am JC kommen sehr unterschiedliche soziale Lagen zusammen. Zugleich ist das JC kein positiver Bezugspunkt der kollektive Identität stiften kann. Orte der Organisation hätten Bezugspunkte außerhalb des JC sein können, von denen aus wir dann das JC hätten angreifen können. Dem wollten wir in der letzten Phase der MU durch das Konzept des Community Organizing gerecht werden. Warum wir dieses nicht mehr funktioniert hat, darüber gibt es in der AG unterschiedliche Einschätzungen.

5. Unser Agieren im Feld – Probleme finden und dann?

Der Anspruch, den wir an die Methoden der Militanten Untersuchung (MU) und das Community Organizing (CO) hatten, war allem voran Wissen zu generieren und so Risse in der Institution offenzulegen, die für gemeinsame Organisation nutzbar gemacht werden können.

Befragungen

Dafür haben wir zunächst mit den Menschen am JC das Gespräch gesucht. Diese Gespräche wurden an Hand eines Gesprächsleitfadens geführt, an den sich die einzelnen bei uns unterschiedlich strikt gehalten haben. Anhand der Probleme und Konflikte, die sich in diesen Gesprächen herausstellten, haben wir einen Fragebogen entwickelt, mit dem wir eine systematische Befragung durchführen wollten. Dies haben wir aber nur bei ca. 200 Personen getan. Die Probleme und Widerstandsformen, die wir über die Befragungen kennengelernt haben, sollten der Ausgangspunkt sein für konkrete Aktionen und Selbstorganisationsprozesse. Unserer Erfahrung nach sind die Befragungen der Betroffenen ein gutes Instrument, um an Widersprüche innerhalb des Jobcenters bzw. in der Ideologie des Hartz IV-Regimes anzuknüpfen. So kristallisierte sich etwa heraus, welche Machtinstrumente des Jobcenters ihre Legitimation verloren haben und nicht mehr vermittelbar sind. Auch die Befragung der Mitarbeiter_innen des Jobcenters brachte Erkenntnisse über Widersprüche in der Funktionsweise des Jobcenters: Die Arbeitsbedingungen in der Institution (mit Controlling und permanentem Personalmangel zu Sparzwecken) produzieren Risse und führen geradezu zwangsläufig (und daher politisch gewollt) dazu, dass fehlerhafte Bescheide und Entrechtung stattfindet. Wir fanden also – zumindest im Allgemeinen – angreifbare Punkte, wie es auch unser Anspruch gewesen war, haben diese aber nicht umgesetzt in eine konkrete Kampagne am JC. Wir verbreiteten unsere Erkenntnisse zwar in der Broschüre, nutzten sie jedoch nicht für einen klaren Angriff. Wir haben es nicht geschafft aus den verschiedenen „heißen“ Themen zusammen mit den Menschen, denen wir begegnet sind (in den Gesprächen und auf den Versammlungen), ein Thema herauszufiltern, zu dem wir das JC konkret in einer längerfristigen Kampagne hätten angreifen können.

Stattdessen haben wir vereinzelte Aktionen zu verschiedenen Themen organisiert (wie die Sachbearbeiter_innenbewertung, die KdU-Kundgebung, den Hartz IV-Ausschluss von EU-Staatsangehörigen und die befragende Kundgebung zum Coaching-Programm), an deren Organisation und Durchführung sich aber kaum Menschen aus den Versammlungen und Treffen aktiv beteiligten. Eine konkrete Forderung an das JC wurde nicht gestellt, entsprechend auch kein Eskalationsplan zu deren Durchsetzung entwickelt. Es ist uns nur selten (bis kaum) gelungen, realistische Handlungsvorschläge für (und mit) Menschen am JC zu entwickeln, die die von uns herausgefundenen konkreten Probleme und Bedürfnisse aufgreifen und eine Perspektive auf Verbesserung bieten. Genau dies wäre aber wichtig gewesen, um den scheinbar übermächtigen Gegner Jobcenter in die Defensive zu bringen. Die Sachbearbeiter_innenbewertung war hier noch unsere beste Aktion. Sie stieß auf viel Zustimmung am Jobcenter, da sie zumindest eine Stimme für diejenigen bot, ihre spontane Verärgerung (oder teilweise Zufriedenheit) über die Sachbearbeiter_innen zu artikulieren und den permanenten Bewertungsdruck umkehren konnte. Die Aktion knüpfte an eine gemeinsame Negativerfahrung an: Die Erfahrung der Stigmatisierung, Diskriminierung und Infantilisierung, die die Ohnmacht gegenüber der Bürokratie verstärkt. Vielleicht haben wir unsere Initiative auch deswegen „Zusammen. Gegen das Jobcenter Neukölln“ genannt.

Warum haben wir es nicht geschafft, an konkrete Erfahrungen und Konflikte anzuknüpfen und konkrete Forderungen an das JC Neukölln zu erheben und durchzukämpfen? Erklärungsansätze dazu aus der AG sind durchaus unterschiedlich, es besteht kein Konsens darüber. Es ließ sich nicht alles bis ins Detail ausdiskutieren. Der Text beschränkt sich daher auf eine Auflistung der genannten Schwierigkeiten, ohne eine Gewichtung vorzunehmen, welche nun die entscheidenden gewesen ist.:

Die erste Schwierigkeit war unsere unklare Sprechrolle: Organisieren wir uns (mit anderen) oder organisieren wir andere? Nicht alle von uns lebten vom JC und nur wenige vom JC Neukölln. Wie also auf die Betroffenen zugehen? Diese unklare Haltung in den Gesprächen verunsicherte viele von uns und erschwerte das Festlegen auf einen Konflikt.

Die zweite Schwierigkeit war die mangelnde Institutionenanalyse. Dadurch wussten wir nicht, wo welche Entscheidungen durch welche Entscheidungsträger gefällt werden. Die Institution JC erschien der AG daher zumeist als ein monolithischer Block der Herrschaft, der er nicht ist. Die verschiedenen Interessen innerhalb des JC wurde nicht sichtbar, da die gesamte Institution auch nach innen stark verrechtlicht und verregelt ist. Zwischenzeitlich beteiligten wir uns an einer sozialpolitischen Ermittlungsgruppe, die über Parlamentsanfragen der Piratenpartei Licht in die Entscheidungsstrukturen der Berliner Jobcenter werfen wollten. Aus Ressourcengründen mussten wir die Beteiligung jedoch beenden.

Die dritte Schwierigkeit stellten die fehlenden sozialrechtlichen Kenntnisse dar, die aufgrund der starken Verrechtlichung des Feldes hilfreich sind. Selbstverständlich ist ein Bezug zum geltenden Sozialrecht aus radikal linker Perspektive sehr ambivalent. Sozialrechtliche Kenntnisse können aber bei der strategischen Beurteilung der Durchsetzbarkeit realpolitischer Forderungen helfen, die unsere Militante Untersuchung gebraucht hätte. Fehler wie die der KdU-Kundgebung vor dem JC Neukölln hätten so vermieden werden können. Aber auch hier verlangt die Aneignung solcher sozialrechtlichen Kenntnisse viele Ressourcen.

Die vierte Schwierigkeit ist die allgemeine Problematik, wie aus einer AG einer politischen Gruppe wie FelS heraus, ein derart lang angelegtes Projekt überhaupt realisierbar ist. Die Ermittlung konkreter politischer Forderungen an das JC Neukölln hätte, wie bereits angedeutet,

viele Ressourcen aus der AG gebraucht. Dies war nicht immer möglich, andere Dinge im Leben wie Studium, Arbeit, Kinder usw. konnten nicht einfach ignoriert werden. Die Ansprüche an unsere politische Praxis (mit Militanter Untersuchung und Community Organizing) sind sehr hoch gewesen und haben viele überfordert. Einen „langen Atem“ und eine erhöhte Frustrationstoleranz haben verständlicherweise nicht alle aus der AG mitgebracht.

Versammlungen

Im Anschluss an die erste Befragungsrunde 2010 haben wir zu Versammlungen eingeladen. Zentrales Problem bei den Versammlungen war die große Fluktuation, da von den 10 bis 15 Beteiligten nur diejenigen wiederkamen, die sowieso politisch organisiert waren (mit Ausnahme einiger aus der Videogruppe). Den harten Kern der Versammlung und die Moderation haben durchgehend FeLS-Aktivist_innen gestellt. Ähnliches hat sich auch bei den Treffen des „Berliner Netzwerktreffens gegen deutschen EFA-Vorbehalt“ 2012/2013 gezeigt. Auch bei den Planungen für die politischen Aktionen aus den Versammlungen heraus, beteiligten sich hauptsächlich die bereits politisch Organisierten (mit wenigen Ausnahmen). Unsere Hoffnung war es, dass sich aus dieser Organisation in den Versammlungen und der Erfahrung der gemeinsamen Aktion weitere Politisierungsprozesse ergeben. Dies haben wir offenbar nicht geschafft, außer in kleinen Ansätzen bei der Sachbearbeiter_innenbewertung, beim Flashmob der Kür zum repressivsten Mitarbeiter des Monats und bei der Versammlung zum Hartz IV Ausschluss von EU-Staatsangehörigen vor dem JC Neukölln. Unser Ziel langfristige politische Organisation gegen das JC Neukölln zu schaffen, haben wir definitiv nicht erreicht. Dies lag vermutlich auch an den Orten der Versammlungen. Diese waren einfach keine „offenen“ Orte, sondern bereits eindeutig stark links codiert. Es lag sicherlich aber auch an der Form der Zusammenkunft selbst: Politische Versammlungen haben eine eigene Ablauflogik, die schwer zu durchbrechen ist.

Fazit: Wir haben mit der Befragung genug Themen gefunden, die wir hätten aufgreifen können. Wir haben es jedoch nicht geschafft uns zu fokussieren und an einem konkreten Thema durch kollektive Aktionen die Erfahrung von kollektiver Handlungsmacht zu organisieren. Unsere Sprechposition war vielen unklar. Es fehlten uns oft die nötigen Kenntnisse (in Bezug auf die Institution und auf das Sozialrecht), um realpolitische Forderungen zu erheben und konkrete Entscheidungsträger unter Druck zu setzen. Es gab aber auch AG intern eine Art Angst vor der „Sozialarbeiterisierung“ unserer MU, so dass Vorschläge wie ein solidarischer Begleitpool nicht umgesetzt wurden. Als Folge dieser Probleme haben uns deshalb in vereinzelt Aktionen verzettelt, die nicht in eine Durchsetzungsstrategie und einen niedrigschwelligen Eskalationsplan eingebettet waren. Eine aktive Einbeziehung neuer Aktiver ist dadurch nicht gelungen. Viele Ansätze, die konzeptionell richtig sind und auch in der Praxis erste Erfolge zeigten, haben wir aufgrund von Ressourcenmangel nicht konsequent weiterführen können.

Ambivalenzen der Verallgemeinerung individueller Widerstandspraxen

Wie die Betroffenenheiten, so blieben auch die Widerstandsformen, auf die wir in unseren Befragungen stießen, weitestgehend vereinzelt. Krankschreiben, Schauspielen, gezielte Desinformation verschiedener Abteilungen, Teilnahme an Fake-Maßnahmen usw. bieten zwar Anknüpfungspunkte für kollektiven Widerstand, dieser bleibt aber marginal und individualisiert, wenn er nicht öffentlich verhandelt wird. Gleichzeitig kann die Popularisierung von individuellen Widerstandsstrategien eine ambivalente Geschichte sein, wie die Verschärfung im Umgang mit ärztlichen Attesten zeigt: Unter bestimmten Umständen müssen Betroffene eine

Wegeunfähigkeitsbescheinigung vorlegen und nach längerer oder häufiger Krankschreibung wird der Ärztliche Dienst der Agentur für Arbeit hinzugezogen.

Die Befragungen haben auch gezeigt, dass elaborierte Formen des Widerstands einen individuellen Mehraufwand bedeuten, den viele vermeiden wollen. Auseinandersetzungen spielen sich oft auf einem technokratischen, verrechtlichten Terrain ab: Soziale Rechte und Ansprüche müssen in langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Einerseits besaßen wir nicht das nötige rechtliche Wissen und konnten so nur ermutigen sich an eine Sozialberatung zu wenden und sich gegen die individuelle Entrechtung zu wehren. Andererseits schafften wir es aber auch nicht, die Kämpfe von diesem Terrain wegzubewegen bzw. kollektiv zu führen, damit Einzelne entlastet sind.

Fazit: Die politische Sozialberatungspraxis und solidarisches Begleiten scheinen wichtige Formen zu sein, konkrete solidarische Unterstützung zu leisten. Dabei ist es – auch aus der Erfahrung auf die Erfahrungen ähnlicher Projekte – ebenso schwierig wie essentiell, dass der politische Aspekt nicht verloren geht und die Institution Jobcenter weiter auch kollektiv unter Druck gesetzt wird.

Dafür oder dagegen? - sag ja zum Widerstand

Wir haben es nur in Ansätzen geschafft, über eine negative Erzählung hinaus zu kommen. Im Zentrum blieb eine Mischung aus Wut und Ohnmacht, die eine offensive Wahrnehmung der eigenen Interessen blockiert. Eine positive Erzählung, um gemeinsame politische Ziele herauszustellen, konnte nicht ausreichend produziert werden. Unsere Plakatkampagne *“Ohne Leben ist der Job sinnlos“* war ein Ansatz, lachende, kämpferische Subjekte sichtbar und Mut und Lust auf Widerstand zu machen. Die Plakate mit ihrem poppigen Layout besaßen ganz offensichtlich einen großen Wiedererkennungseffekt bei Passant_innen, Späti-Verkäufer_innen und Initiativen.

Wir haben den negativen Bezug zum JC in unserer politischen Auseinandersetzung lediglich reproduziert statt gemeinsam mit den beteiligten ein positives Bild einer kämpfenden Subjektivität am JC zu entwickeln. Eine offene Frage bleibt, ob dies angesichts unseres Bezugs zum Ort JC als AG überhaupt eine authentische Sprechposition sein kann!

6. Rolle der AG: Herausforderungen an die Gruppe in einem MU-Projekt

Wissensvermittlung und Reflexionsraum

Neben den konzeptionellen Problemen und den Schwierigkeiten durch die Feldauswahl hatten wir auch mit Problemen der praktischen Umsetzung der entwickelten Konzepte und dem gruppeninternen Umgang mit den Schwierigkeiten zu kämpfen. Die "Gleich-zu-Gleich"-Gespräche etwa hatten den Anspruch, sich auf Handlungsoptionen zu einigen und Verabredungen zu treffen, ohne dass wir als Aktivist_innen unsere Gesprächspartner_innen mit langen, beherrschenden Erklärungen konfrontieren wollten. Stattdessen sollten in den "Gleich-zu-Gleich"-Gesprächen nach dem Schema Wut-Hoffnung-Aktion Vertrauen gewonnen werden, alltägliche Widersprüche und -stände aufgezeigt und kollektive Handlungsoptionen wie die Versammlungen eröffnet werden. Uns Aktivist_innen selbst fehlte allerdings an vielen Stellen

die Selbstsicherheit, diese Gespräche zu führen: Das Gefühl bei den Leuten, mit denen wir gesprochen haben, zu wissen, dass es anderen auch so geht wie ihnen, konnte alleine nicht zur Erfahrung von Ermächtigung (bei ihnen und bei uns!) führen. Gleichzeitig verstärkte sich bei den Fragenden ein Gefühl der Hilflosigkeit, wenn sie unvorbereitet mit den konkreten Problemen der Befragten konfrontiert waren, ohne Ideen zu haben, wie sie sich konkret solidarisieren können.

Eine kollektive Reflexion und Analyse der Gespräche fand jedoch nicht statt, sodass diese Probleme verdeckt wurden und unbearbeitet blieben. Hinzu kommt, dass durch eine fehlende Auswertung auch auf unserer Seite keine Kollektivität der Gesprächsinhalte hergestellt werden konnte. Gerade experimentelle Ansätze erfordern einen Reflektionsraum – auch in praxisintensiven Phasen, in denen die gemachten Erfahrungen praxisorientiert verallgemeinert und der Umgang mit Schwierigkeiten kollektiv diskutiert wird. Eine Befragung in einem anonymen Feld stellt auch eine hohe soziale und emotionale Belastung dar. Deshalb ist die Gruppe in dieser Phase eine wichtige Stabilisatorin. Wir haben es nur unzureichend geschafft, diese Funktion zu erfüllen.

Rollenklärung

Die eigene Haltung und die eigene Rolle, mit der wir uns im Feld bewegt haben, wurde in der AG nicht ausreichend diskutiert. Agieren und sprechen wir aus einer Position der eigenen Betroffenheit heraus und wie sieht diese genau aus? Oder handeln wir aus der Position der politischen Aktivist_innen, denen eine Intervention in dem Feld v.a. politisch wichtig ist? Wie gehen wir mit den unterschiedlichen Bezügen um und wie mit den vielen Graubereichen zwischen diesen Polen, in denen sich viele von uns wiedergefunden haben? Dass der stärkere Positionsbezug nicht stattfand, gründete sich auch darauf, dass die Eigenrolle der Gruppe bzw. ihrer Mitglieder für viele nicht abschließend geklärt war. Dies betrifft vor allem die Aufgabenübernahme bei Versammlungen, Erwartungen und Ansprüche an die Teilnehmenden und das Agenda Setting. Eine mögliche Methode, um sich der eigenen Verortung bewusster zu werden, könnte die regelmäßige Selbstbefragung zur Reflexion sein, wie sie in der 1. Phase des Projekts stattgefunden hat.

Als Folge dieser unsicheren Rollenklärung stellte sich für viele aus der AG die Umsetzung des Community Organizing als äußerst schwierig dar: Wie sollten wir die Menschen genau ansprechen, als Organizer_innen oder als ebenfalls Betroffene?

Fazit: Es war nicht hinreichend klar, ob unser Projekt ein explizites Selbstorganisationsprojekt ist (also von Leuten von FELS), mit den entsprechenden Konsequenzen (also Unterstützung bei den eigenen Problemen) oder ob wir uns doch mehr als externe Organizer, die nichts mit den konkreten Konflikten persönlich zu tun haben, begreifen. So stand beides gleichzeitig im Raum und führte zu unfokussierter Praxis. Die Frage der Eigenrolle muss im Vorhinein geklärt sein, um zu einer kohärenten Praxis zu gelangen.

Das Problem betraf aber nicht alle AG Mitglieder im gleichen Maße. Es gab auch Personen, die sich als Organizer_innen sahen, die erst einmal andere organisieren wollten, damit diese eigene Ideen und Forderungen artikulieren können. Da dies nicht notwendig mit Stellvertreter_innenpolitik gleichzusetzen ist, sahen AG Mitglieder, die diese Positionen hatten, weniger Schwierigkeiten, andere Menschen anzusprechen.

Fluktuation

Eine weitere Schwierigkeit in der Praxis stellte die Form unserer Gruppe selbst dar. Während des gesamten Projekts hat es eine hohe Fluktuation in der Gruppe gegeben. Dies wird drastisch deutlich an der Tatsache, dass an der Evaluation keine Person mehr beteiligt ist, die das Projekt konzipiert hat. Es haben sich im Laufe des Projekts verschieden harte Kerne und Spezialisierungen herausgebildet. Die Treffen z.B. wurden v.a. von zwei Menschen gemacht. Als diese die Gruppe in Streit verließen, brachen die Treffen ab (s.o.) Menschen die neu zu der Gruppe hinzugestoßen sind, ist es zum Teil schwer gefallen bzw. nicht möglich gewesen die konzeptionellen Diskussionen und „großen Linien“ hinter den Aktivitäten nachzuvollziehen und damit auch hinterfragen zu können. Für die Einführung von Neuen in den Stand des Projekts haben wir uns - vor dem Hintergrund von dessen Komplexität – nicht genug Zeit genommen. Dies stellt uns vor ein Dilemma: Einerseits wollen wir als FeS-Soziale-Kämpfe-AG offen bleiben und sind damit vor die Aufgaben gestellt sowohl auch unter Fluktuation arbeitsfähig zu bleiben, als auch alle Mitglieder in die politische Arbeit einbinden zu können. Andererseits erfordert Organisationsarbeit aber ein hohes Maß an zeitlicher Kontinuität und setzt hohe Anforderungen an die theoretischen und praktischen Kenntnisse der AG Mitglieder. Für die AG besteht die Herausforderung, eine kontinuierliche Weitergabe von theoretischem und praktischem Wissen sicherzustellen.

FeS-AG Soziale Kämpfe, November 2013

- (1) Leider streute eine Erwerbslosenaktivistin falsche Informationen: Zum Zeitpunkt der Kundgebung war politisch bereits klar, dass Berlin ein einheitlicher Mietraum wird und die Zuständigkeit beim Berliner Abgeordnetenhaus und dem zuständigen Senat liegt – und gerade nicht bei den Bezirken. Die KdU Forderungen wurden durch die AG nicht wieder aufgenommen.
- (2) Durch einen rechtlich fraglichen Gesetzesvorbehalt der Bundesregierung bekamen ab April 2012 alle EU-Staatsangehörigen der alten EU-Staaten, die vorher sofort nach Einreise in die BRD Harzt IV Leistungen bekommen hatten, keine Leistungen mehr vom JC. Die Bundesregierung begründete dies ganz offen mit der Verhinderung von Einwanderung aus den südlichen EU-Staaten, in denen die Krise zu besonders hoher Arbeitslosigkeit führte